

Verfassungsreferendums voll bestätigt fühlen. Insofern vermittelte dieses vermutlich ein zutreffenderes Bild von den inneren Kräfteverhältnissen oder wenigstens von der Grundstimmung im Lande als die vorausgegangenen *Putschversuche* (einschließlich des blutigen Massakers an demonstrierenden Bauern und Landarbeitern an der Mendiola-Brücke in der Nähe des Präsidentenpalastes). Die *kommunistische Gefahr* wurde immer wieder beschworen auch die kommunistische Unterwanderung von Teilen des kirchlichen Personals – von Militärs, aber auch von ausländischen Kennern des Landes, wobei der Besucher den Eindruck hatte, die je unterschiedliche subjektive Haltung des Gesprächspartners zum Kommunismus bestimme auch die Überschätzung – diese vor allem – oder auch die Unterschätzung des philippinischen Kommunismus. Auch wenn die kommunistische Guerilla nach dem Ende des Waffenstillstandes wieder fast täglich irgendwo zuschlägt (bis Mitte März soll es bereits wieder bis an die 200 Tote – Militärs und Zivilisten – gegeben haben), ist sie während des Waffenstillstandes militärisch kaum stärker und sicher nicht einiger geworden. Ganz aussichtslos scheinen – mit Lockungen und Drohungen – die Versuche der Regierung, unter Einschaltung von Bischöfen mit Rebellen regional zu verhandeln, nicht zu sein, auch wenn insbesondere die amerikanischen Verbündeten nicht sehr überzeugt davon sind. Politisch dürften die kommunistischen Kräfte trotz erhöhter und diversifizierter Aktivität, nachdem sie sich sowohl der „bürgerlichen“ Februarrevolution wie der neuen Verfas-

sung verweigert haben, ebenfalls kaum stärker geworden sein.

Marcos ist für die Philippinen keine ernst zu nehmende Gefahr mehr, auch wenn die Kräfte, auf die er sich stützte, da sie über große wirtschaftliche und militärische Macht verfügen, der Regierung Aquino noch lange zu schaffen machen werden. Starke Spannungen gibt es nach wie vor zwischen Regierung und *Militär*. Aber dieses ist unter sich zu sehr gespalten, als daß es die Regierung aus dem Sattel heben könnte. Putschversuche und blutige Attentate wird es vermutlich auch in Zukunft immer wieder geben, und die Kongreßwahlen im Mai und besonders die Gemeinde- und Bezirkswahlen im August versprechen unruhige Zeiten. Aber an der Gesamtlage dürfte sich in den nächsten Monaten nicht viel ändern. Das größte und dringendste Problem ist und bleibt für die Regierung die *Landreform*, die – nach dem Referendum – erst allererste Konturen annimmt. Dabei ist kaum am Willen der Regierung zu zweifeln, eine Landreform, die den Namen verdient, auch tatsächlich durchzuführen. Aber selbst wenn sie nur halb wollte – sie weiß auf jeden Fall, daß die Landreform ihre *Überlebensgrundlage* ist. Landreformen aber brauchen Zeit und im konkreten Fall viel Geld, das bei 31 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung nur schwer zu beschaffen ist. Und selbst wenn die Finanzierung zum größeren Teil gelingt, wer sagt denn, daß die entschädigten *Hacienderos* ihr Geld in den Ausbau landeseigener Industrien investieren.

David Seeber

Kurzinformation

Vom 6. bis 8. März fand in Dieburg (Hessen) ein Treffen der Präsidenten der europäischen Bischofskonferenz statt.

Zu diesem Treffen kam es durch die Anregung Papst Johannes Pauls II. in einem Brief an die Präsidenten der europäischen Bischofskonferenzen vom 2. Januar 1986, sich Gedanken zu machen über eine Neuevangelisierung Europas. Zum Abschluß ihrer Beratungen verabschiedeten die Bischöfe einen *Brief an die Katholiken*, in dem sie u. a. betonen, daß man alles daransetzen müsse, den Glauben in den jungen Generationen zu wecken und den jungen Menschen Christus näherzubringen. Die Familie müsse dafür der bevorzugte Ort bleiben bzw. als solcher erneuert werden. Angesichts der gemeinsamen Kultur solle man die Unterschiede zwischen den Völkern Europas nicht als eine Bedrohung, sondern als eine Chance der Bereicherung betrachten. Die Präsidenten der Bischofskonferenzen wandten sich darüber hinaus mit einer „*Botschaft über die Förderung des Friedens durch Vertrauen und Wahrheit*“ an alle Christen und alle Menschen guten Willens in Europa. Vor dem Hintergrund der gerade in Europa erfolgten Glaubensspaltungen rufen die Bischöfe die Christen dazu auf, sich für die öku-

menische Bewegung einzusetzen. Durch ihr eigenes Suchen nach Einheit könnten die Christen selbst zu einem lebendigen Zeichen für gegenseitiges Vertrauen und für den Aufbruch zu einem weltweiten Frieden werden. Die Spaltung zwischen einem östlichen und einem westlichen Teil Europas dürfe die Kirche nicht hinnehmen. Wer zwischen *Ost und West* Vertrauen stiften wolle, müsse den Teufelskreis des Mißtrauens durchbrechen. Man müsse für alles offen sein, was eine Grundlage von Verständigung und Versöhnung sein könne. Dazu gehöre auch der Versuch, sich selbst mit den Augen des Gegners zu sehen. Letztlich erscheine der Ost-West-Konflikt zutiefst als ein Konflikt über die *Wahrheit des Menschen*. Den Frieden fördern heiße daher: die Wahrheit erneuern. Die katholische Kirche verstehe sich weder als Teil noch als Konkurrent der verschiedenen politischen Systeme. Sie könne in jedem politischen System leben, wenn dieses System nur die Menschenrechte und Religionsfreiheit achte. Sie anerkenne das Gute in jedem System, das für das Gemeinwohl getan werde. Umgekehrt erfolge Kritik durch die Kirche im Dienst an eben diesem Gemeinwohl. Die katholische Kirche biete ihre Mitarbeit an im Blick auf eine „Zivilisation der Liebe“.

Vom 9. bis 12. März fand in Stapelfeld (Oldenburg) die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz statt.

Im Pressebericht zur Vollversammlung wird an erster Stelle über die *Instruktion der Glaubenskongregation* „Über die Achtung vor dem beginnenden menschlichen Leben und die Würde der Fortpflanzung“ gehandelt. Als Ergebnis der Beschäftigung der Vollversammlung mit der Instruktion (vgl. ds. Heft S. 152 und S. 173 ff.) wird festgehalten, man müsse den Text von der positiven Seite her sehen und nicht primär von den Verboten. Die Instruktion sei ein äußerst wichtiges Dokument zum Schutz der Humanität gegenüber unerlaubten technischen Übergriffen. Die Glaubenskommission der Bischofskonferenz wird in den nächsten Monaten eine *Handreichung zur genetischen Beratung und pränatalen Diagnostik* veröffentlichen. Die Bischöfe befaßten sich in Stapelfeld auch mit dem Thema *Aids*: Es wurde beschlossen, eine *Expertengruppe* einzusetzen, die alle Fragen im Zusammenhang mit *Aids* erörtern soll. Der Pressebericht hält weiter fest, die Vollversammlung habe mit Sorge zur Kenntnis genommen, daß mehrere Einzelgewerkschaften im DGB für eine völlige Abschaffung des § 218 StGB einträten. Die Bischofskonferenz sehe in dieser angestrebten Verweigerung jedweden Rechtsschutzes für das ungeborene Kind einen Verstoß gegen das Grundgesetz und eine unverantwortliche Kompetenzüberschreitung einer Gewerkschaft, insbesondere einer Einheitsgewerkschaft. Begrüßt wurden von der Vollversammlung die Maßnahmen der letzten Bundesregierung in der Familienpolitik. Die Bischofskonferenz hält eine „verstärkte Fortsetzung dieser Maßnahmen für dringend geboten“. Die Bischöfe befaßten sich in Stapelfeld auch mit der katholischen *charismatischen Gemeindeerneuerung*: Das von der charismatischen Gemeindeerneuerung erarbeitete Grundlagenpapier „Der Geist macht lebendig“ wurde zur Kenntnis genommen; es könne zur weiteren Arbeit verwendet werden. Allerdings bestünden noch manche Probleme und Aufgaben, die weitergeklärt werden müßten. Dem Thema der neuen geistlichen Bewegungen wird der Studientag der Herbstvollversammlung dieses Jahres gewidmet sein. Ausführlich befaßte sich die Frühjahrsvollversammlung auch mit Auftrag und Arbeitsweise von Misereor.

Aus Anlaß des ad-limina-Besuchs der Schweizer Bischöfe äußerte sich der Papst zu einer Reihe von zwischen Rom und der Schweizer Kirche strittigen Fragen.

Erst vor knapp zwei Jahren hatten die Schweizer Bischöfe den Papst das letzte Mal bei einem gemeinsamen Aufenthalt in Rom außerhalb der üblichen ad-limina-Besuche gesprochen (vgl. HK, April 1985, S. 153). Schon dort spielten die drei Themen Ökumene, Bußgottesdienste und Priesterausbildung die zentrale Rolle. Bei dem jüngsten ad-limina-Besuch standen sie wiederum im Mittelpunkt. Der Papst nannte gegenüber den Bischöfen die innerhalb der Schweiz überaus kontrovers diskutierte Er-

klärung der Bischöfe zur Frage der *eucharistischen Gastfreundschaft* (vgl. HK, Januar 1987, S. 96) „klar und ausgewogen“ (Osservatore Romano, 7. 3. 87). (Der Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, Bischof *Henry Schwéry* von Sitten, räumte zu derselben Frage zwar ein, daß die Erklärung Spannungen, Unverständnis und Leid geschaffen habe und daß man vielleicht auch eine andere Sprache hätte finden können. Trotzdem sei man davon überzeugt, daß sie „durch ihre Sorge um die Wahrheit dem ökumenischen Gedanken geholfen“ habe.) In der Frage der *Bußgottesdienste* forderte der Papst die Bischöfe auf, im Sinne von „Reconciliatio et paenitentia“ von 1984 und dem neuen Kirchenrecht die Bußpastoral zu korrigieren. In der Schweiz sind Bußgottesdienste mit allgemeinem Sündenbekenntnis und sakramentaler Generalabsolution eine amtlich erlaubte Form der Spendung des Bußsakramentes. Ein dritter Streitpunkt ist die *gemeinsame Ausbildung der Priester und Laientheologen*, wie sie in der deutschsprachigen Schweiz üblich ist. Dazu sagte der Papst: „Geben Sie den zukünftigen Priestern Jesu Christi Seminare, deren Identität nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann.“

Der Streit um ein Karmelitinnenkloster auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz wurde beigelegt.

Der Kompromiß kam auf einem erneuten Treffen hochrangiger Vertreter von Judentum und Katholischer Kirche zustande, das am 22. Februar wiederum in Genf stattfand (vgl. HK, September 1986, 445). Der Kompromiß sieht vor, daß die Karmelitinnen sich innert zwei Jahren aus dem ehemaligen sogenannten Theater von Auschwitz, in dem sie sich im Herbst 1984 eingerichtet hatten, zurückziehen und in ein Informations- und Gebetszentrum überwechseln, das auf Betreiben der katholischen Gesprächsteilnehmer außerhalb des Konzentrationslagers errichtet werden soll. Das neue Zentrum soll dem Austausch zwischen den europäischen Kirchen über den Holocaust und über das Martyrium des polnischen Volkes dienen. Es ist – wie die katholischen Vertreter beim Genfer Gespräch meinten – als Mittel gedacht, der „Desinformation“ über den Holocaust bzw. dessen „Banalisierung“ ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Das Zentrum soll auch dem jüdisch-christlichen Dialog dienen (vgl. Le Monde, 24. 2. 87). Mit dieser Lösung soll den Bedenken jüdischer Kreise, aber auch einer Reihe von katholischen Persönlichkeiten und christlich-jüdischen Organisationen gegen die Errichtung des Karmelitinnenklosters Rechnung getragen werden.

Die Sachverständigengruppe „Sicherheitspolitik“ von Justitia et Pax legte eine Stellungnahme zum sogenannten Feuersteiner Beschluß von Pax Christi vor.

Der Beschluß „Gewaltfrei widerstehen – Kriegsdienste verweigern – Abschreckung überwinden“ der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi

vom 9. 11. 87 war wegen seiner Bewertung der Abschreckungspolitik und der Kriegsdienstverweigerung in die Schußlinie der Kritik geraten (vgl. HK, Februar 1987, 96). Zwei Kritiker des Beschlusses aus den eigenen Reihen, Pax-Christi-Vizepräsident *Rainer Öhlschläger* und Präsidiumsmitglied *Heinz Theo Risse*, legten ihre Ämter nieder. Die fälligen Neuwahlen sollen auf einer Sonderdelegiertenversammlung Anfang Mai abgehalten werden. In bezug auf die zentralen Aussagen der Feuersteiner Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung kommt die Sachverständigengruppe zu dem Ergebnis, daß es fragwürdig sei, die Verweigerung als „ethisch gebotene Handlungsweise darzustellen“. Die Interpretation der kirchlichen Lehre in dieser Frage, die theologischen und politischen Begründungen seien teilweise zu wenig abgesichert, teilweise methodisch problematisch, die Situationsanalyse als Grundlage der Formulierung sittlicher Normen unzureichend. Mit der Abstimmung über das genannte sittliche Urteil werde entweder unterstellt, sittliche Fragen könnten per Mehrheitsbeschluß entschieden werden, was jedoch „absurd“ wäre. Oder mit dem Beschluß habe man den Verbandszweck von Pax Christi neu bestimmen wollen, was jedoch unmittelbare Auswirkungen u. a. auf die Mitgliederstruktur hätte. Ein Mitglied der Gruppe, *Karlheinz Koppe*, der auch dem geschäftsführenden Vorstand von Pax Christi angehört, gab ein Minderheitsvotum ab. Koppe bezeichnet die Kritik der übrigen Sachverständigen zwar als sinnvoll und hilfreich, hält ihnen aber vor, durch eine vorrangig wissenschaftlich begründete Kritik einer politischen Verurteilung des Feuersteiner Beschlusses Vorschub geleistet zu haben.

Der Erzbischof von Madrid, Kardinal Angel Suquía Goycochea, wurde neuer Vorsitzender der spanischen Bischofskonferenz.

Kardinal *Suquía* wurde in den spanischen Medien, die Spekulationen über die neu zu wählende Spitze der Bischofskonferenz wochenlang breiten Raum gaben, als Kandidat der Konservativen und des Vatikans gehandelt. Die Vollversammlung wählte ihn im fünften Wahlgang mit 39 von 76 Stimmen. Sein sechs Jahre amtierender Vorgänger, Erzbischof *Gabino Díaz Merchán* von Oviedo, erreichte die Zweidrittelmehrheit der Stimmen, die nach den Statuten für eine dritte Amtsperiode notwendig ist, nicht; der Erzbischof von Saragossa, *Eliás Yanes*, unterlag *Suquía* mit 31 Stimmen und wurde Vizepräsident. In den erweiterten Vorstand wählten die Bischöfe außerdem Erzbischof *Ramón Torrella Cascante* von Tarragona, Bischof *José María Setién* von San Sebastian und Erzbischof *Miguel Roca Cabanellas* von Valencia. Der 70jährige Baske *Suquía*, von 1973–1983 Erzbischof von Santiago de Compostela, seit 1983 als Nachfolger Kardinal *Tarancóns* Erzbischof von Madrid, genießt zweifellos das Vertrauen der römischen Kurie. Bei der außerordentlichen Bischofssynode 1985 war er der einzige Spanier unter den persönlich von Papst Johannes Paul II. eingeladenen 21 Bischöfen. Zu seiner Eti-

kettierung als Konservativer und Förderer der katholischen Bewegungen Opus Dei und *Communione e liberazione* erklärte *Suquía* nach seiner Wahl, wie jeder Bischof sei er konservativ und progressiv zugleich. „Wie ich ein Freund des Opus Dei bin, so bin ich ein Freund der Jesuiten, der Franziskaner. Und ich versuche, Freund aller zu sein.“ Zugleich kündigte er an, daß er in der spanischen Kirche „keine Experimente“ wünscht und daß er darauf achten werde, daß „es in der Kirche funktioniert“.

Der Lateinamerikanische Bischofsrat CELAM hat eine neue Führungsspitze gewählt.

Auf ihrer 21. Vollversammlung (9.–14. 3. 87) in Ipacaray (Paraguay) wählten die Mitglieder des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) eine neue Führungsspitze. Der bisherige Generalsekretär von CELAM, *Darió Castrillón Hoyos*, wurde neuer Präsident. *Castrillón Hoyos*, Bischof der Diözese Pereira (Kolumbien), löst den Erzbischof von La Plata (Argentinien), *Antonio Quarracino*, als Vorsitzenden ab. Zu neuen Vizepräsidenten wurden der Erzbischof von Santo Domingo (Dominikanische Republik), *Nicolás Lopez Rodriguez*, und der Erzbischof von Brasilia, *José Freire Falco*, gewählt. Mit der Wahl von *Castrillón Hoyos* zum Präsidenten folgte man ein weiteres Mal der seit längerem üblich gewordenen Regel, daß der Generalsekretär ins Präsidium aufrückt. Wichtigste personelle Veränderung dürfte indessen die Wahl des 44jährigen Weihbischofs in Tegucigalpa (Honduras), *Oscar Rodriguez*, sein. *Rodriguez* stammt als honduranischer Bischof aus einem der ärmsten Länder Mittelamerikas. Er gehört dem Salesianer-Orden an, ist sehr vielseitig, sowohl geistes- wie naturwissenschaftlich gebildet und gilt sowohl als Mann der Seelsorge wie des Dialogs. – Zu den wichtigsten inhaltlichen Tagesordnungspunkten der Vollversammlung gehörten die Verschuldungskrise und die Auseinandersetzung mit der in Nicaragua entstandenen „Volkskirche“. In einer gemeinsamen Erklärung sprach die Vollversammlung ebenfalls das Verschuldungsproblem an, das die Zukunft des gesamten Kontinents bedrohe und das „in vollem Respekt und der Würde der Armen“ gelöst werden müsse. In der gleichen Botschaft geißelte die Vollversammlung „unglückliche Realitäten“ Lateinamerikas: Armut, Korruption, Rauschgifthandel und „Verbrechen gegen das Leben“. Gesonderte Botschaften gingen an die Kirche Boliviens, Kubas, Ecuadors und Nicaraguas. Zu Nicaragua hieß es, die dortige Kirche könne ihre Aufgabe gegenwärtig „nur unter unsäglichen Leiden für Hirten und Gläubige“ erfüllen.

Die auf fünfzig Bände konzipierte „Bibliothek Theologie der Befreiung“ kann nun erscheinen.

Die vom brasilianischen Franziskanerverlag *Vozes* in Petrópolis herausgegebene Serie war zunächst auf Bedenken der römischen Glaubenskongregation gestoßen, der

es wohl am liebsten gewesen wäre, wenn das Projekt überhaupt aufgegeben worden wäre und die zunächst als Mindestforderung eine Erweiterung des bischöflichen „doktrinalen Beirats“ verlangt hatte, der dem Herausbergremium der Theologen zur Seite steht. Ihm gehören an: als Vertreter der Brasilianischen Bischofskonferenz, Bischof *Paulo Ponti* von Sao Luis, Bischof *Clemente José Carlos Isnard* (stellvertretender Vorsitzender des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM) und Bischof *Valfredo Tepe* von Ilheus, der auch Mitglied der römischen Glaubenskongregation ist. Nach einem Einlenken Roms erscheint die Reihe, deren erste Bände bereits im Dezember 1985 herausgegeben wurden, ohne weitere Auflagen

mit kirchlicher Druckerlaubnis. Auf Wunsch der Glaubenskongregation sollen die neuen Bände lediglich nicht mehr die Liste der über hundert bischöflichen Förderer des Werkes enthalten. Als erster Band der Reihe in deutscher Sprache ist im März „Der dreieinige Gott“ von *Leonardo Boff* erschienen. Das Buch beschäftigt derzeit die diözesane Glaubenskommission der Erzdiözese Rio de Janeiro, deren Vorsitzender, Weihbischof *Karl Joseph Romer*, auch das römische Verfahren gegen Boff wegen seines Buchs „Kirche: Charisma und Macht“ in Gang gebracht hat. Die Erzdiözese Rio ist kirchenrechtlich für den in Petrópolis lehrenden Franziskaner Boff nicht zuständig.

Bücher

KARL-HEINZ OHLIG, Fundamentalchristologie. Im Spannungsfeld von Christentum und Kultur. Kösel-Verlag, München 1986. 723 S. 88,- DM.

Der Untertitel deutet an, worauf es dem Saarbrücker Theologen Ohlig in seiner umfangreichen Arbeit zur Christologie ankommt: Er verfolgt die Entwicklung von der ersten judenchristlichen Jesusrezeption über die altkirchliche und mittelalterliche Christologie bis zu den gegenwärtigen Versuchen, die Gestalt Jesus Christi vom Erbe außereuropäischer Kulturen her zu verstehen, um die Kulturbedingtheit und -abhängigkeit aller Christologie aufzuweisen. Christologie, so die Grundthese, ist immer eine Funktion der Soteriologie. Jede Kultur bildet – grob gesprochen – ihre spezifische Christologie so aus, daß sie die geschichtliche Gestalt Jesu von ihren Heilserwartungen her deutet. Ohlig hebt mit seiner Arbeit damit einen Aspekt ans Licht, der in anderen neueren christologischen Entwürfen zwar nicht geleugnet oder ganz eliminiert wird, aber doch gegenüber anderen Fragerichtungen zurücktritt. Von daher ist sein Werk eine gewichtige Bereicherung der gegenwärtigen christologischen Diskussion, auch wenn im einzelnen sicher Fragen an die Darstellung der einzelnen epochalen Gestalten von Christologie zu stellen wären (Ohlig versucht z. B., einen durchgehenden „keltischen“ Strang der spätantiken und mittelalterlichen Christologie herauszuarbeiten). Die wichtigere Frage ist allerdings, wieweit die systematischen Folgerungen tragen, die Ohlig im letzten Teil des Werks zusammenstellt. So kommt er zu der These, es gebe „keine in ihren inhaltlichen Aussagen übereinstimmende kirchliche Christologie“ (S. 659); die Gemeinsamkeit der verschiedenen Christologien könne nur in relativ formalen und fundamentalen transkulturellen Momenten bestehen. Zwischen den für ihn bestimmenden Polen der Christologie – hier der „einfachen, transkulturellen Jesus, dort die jeweiligen Heilserwartungen“ – bleibt kaum noch Platz für die Normativität des Bekenntnisses zu Jesus als Sohn Gottes. Es ist bezeichnend, daß Ohlig die

Bedeutung des Auferstehungskerygmas für die Entstehung und inhaltliche Füllung der Christologie als minimal veranschlagt. („Die Endgültigkeit des nachösterlichen ... Bekenntnisses bezieht sich also nicht auf eine erfolgte apokalyptische Bestätigung, sondern auf die Endgültigkeit Jesu, also des christologischen Subjektes, im Tode“, S. 83.) Mit dem Buch von Ohlig muß man sich auseinandersetzen; sein Ansatz dürfte sich aber letztlich als christologische Sackgasse erweisen. So wären hinter viele von Ohligs Thesen Fragezeichen zu setzen. Aber sein Buch verdient es, daß man sich mit ihm auseinandersetzt, auch wenn es letztlich in eine Sackgasse führen dürfte.

U. R.

LEONARDO UND CLODOVIS BOFF, Wie treibt man Theologie der Befreiung? Patmos Verlag, Düsseldorf 1986. 120 S. 16,- DM.

Dieses kleine Buch der beiden Brüder Boff füllt eine Lücke: Hier wird in verständlicher Sprache, auf knappem Raum und mit einer klaren Gliederung dargestellt, was Befreiungstheologie ist, wie sie methodisch vorgeht, welche Entwicklung sie bisher genommen und was sie für Theologie und Kirche bedeutet.

Während in den meisten Büchern der lateinamerikanischen Befreiungstheologen, die bisher in deutscher Übersetzung vorliegen, die Theologie der Befreiung den Horizont bildet, der aber als solcher u.U. nicht ausdrücklich thematisiert wird, bzw. einzelne theologische Themen im Licht der befreiungstheologischen Perspektiven dargestellt werden, liegt mit dem Buch von Leonardo und Clodovis Boff jetzt eine Darstellung vor, die das Phänomen Befreiungstheologie in seinen verschiedenen Elementen ausdrücklich behandelt. Natürlich bringt es der Charakter einer knappen Einführung mit sich, daß die einzelnen Aspekte nur sehr kurz angerissen und nicht weiter entfaltet werden. Der Wert des kleinen Buchs liegt vor allem darin, daß es eine Zusammenschau bietet, und